

Inhaltsverzeichnis

Seite

Geleitwort 5

Vorwort 6

Informationen zu RSM Ebner Stolz / BDI 8

Autorenverzeichnis 9

Schrifttum 35

Abkürzungsverzeichnis 49

Erster Teil: Bewertung aus der Sicht der Wirtschaft 61

A. Investitionssofortprogramm 63

 I. Steuerpolitik der neuen Bundesregierung 63

 1. Sondierungsergebnisse der neuen Bundesregierung. 63

 2. Koalitionsvertrag 63

 3. Das steuerliche Sofortprogramm der Bundesregierung 64

 II. Das steuerliche Investitionssofortprogramm als Sofortmaßnahme 64

 III. Bewertung des Investitionssofortprogramms aus Sicht der deutschen Wirtschaft 66

B. Aktivrentengesetz 67

 I. Aktivrente. 67

 II. Steuerfreiheit von Überstundenzuschlägen und Aufstockungsprämien. 69

C. Bürokratieabbau im Steuerrecht 69

 I. Entlastung von Mittelstand und Personenunternehmen 70

 II. Erleichterung der Administration der Gewerbesteuer 71

 III. Forschungszulage: Reduzierung des Antrags- und Dokumentationsaufwands 71

 IV. Beseitigung von Hürden für Umstrukturierungen 71

 V. Einführung einer modernen Gruppenbesteuerung 72

 VI. Vereinfachung der Sachzuwendungen. 72

 VII. Effiziente und beschleunigte Betriebsprüfungen 72

 VIII. Vereinfachung und Rechtssicherheit im Grunderwerbsteuerrecht 73

 IX. Einführung eines Verrechnungsmodells bei der Einfuhrumsatzsteuer 73

 X. Reform des Quellensteuerabzugsverfahrens 74

 XI. Vereinfachung der Verrechnungspreisdokumentation 74

11

	Seite
XII. Schaffung eines Umsatzsteuerverfahrensrechts	75
D. Umsatzsteuer	75
I. Die Umsetzung der elektronischen Rechnungspflicht.	75
1. Auswirkungen einer fehlgeschlagenen Validierung.	76
2. Konsequenzen aus der Vorgabe einer zwingenden elektronischen Verarbeitung	76
3. Umgang mit Sammel- und (Massen)korrekturen	78
4. Umgang mit Korrekturen ohne Wertänderung.	78
5. Rechnungskorrekturen durch Gutschriftverfahren	78
6. Umgang mit Rabattvereinbarungen	79
7. Technische Fragestellungen zu Sammelrechnungen.	79
8. Konsequenzen fehlender Möglichkeiten zur Abbildung von Voraus- und Anzahlungsrechnungen	80
II. Steuerliches Meldesystem nach Einführung der elektronischen Rechnung. .	80
1. Ausgangslage	80
2. Das High-Level-Konzept des BMF zur Einführung eines Meldeverfahrens	81
a) Ausreichende Vorlaufzeit zur Einführung des Meldesystems	82
b) Folgefragen bei der Einrichtung von Plattformen	82
c) Schaffung einer staatlichen Plattform zur Ausstellung und Übermittlung der E-Rechnung	82
d) Einfache und praxisnahe Möglichkeiten zur Zertifizierung	83
e) Erhalt der interoperablen Formate für die EU-Meldung	83
f) Keine Einführung einer Erwerbsmeldung	84
g) Geringerer Datenumfang und geringere Datentiefe für die nationalen Meldepflichten	84
h) Verbindung mit Maßnahmen zum Bürokratieabbau.	84
III. Verrechnungsmodell zur Erhebung der Einfuhrumsatzsteuer	85
1. Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Logistik- und Verkehrsstandorts Deutschland	85
2. Hintergrund	85
3. Die aktuelle Regelung in Deutschland	86
4. Politische Einigkeit über die Änderung des Erhebungsverfahrens	87
5. Die Umsetzung des Verrechnungsmodells durch die aktuelle Bundesregierung.	88
E. Internationales Steuerrecht	88
I. Bürokratieabbau bei der Verrechnungspreisdokumentation	88
1. Transaktionsmatrix	89
a) Unbestimmter Geschäftsvorfallbegriff und Aggregationserfordernisse	89
b) Problematische Pflichtangaben und fehlende Datenverfügbarkeit . .	89
c) Rückwirkung und unverhältnismäßiger Anwendungszeitraum	90
d) Außergewöhnlichen Geschäftsvorfälle	90
e) Vorratsdokumentation und fehlender Entlastungseffekt	90

	Seite
2. Modernisierungsbedarf der Gewinnaufzeichnungsverordnung.	91
a) Befreiung kleiner Unternehmen und Anpassung der Schwellenwerte	91
b) Reduzierung überbordender Anforderungen im Local File	91
c) Optimierung der Dokumentationsprozesse und Stärkung der Rechts- sicherheit.	91
3. Perspektiven einer modernen Dokumentationssystematik	92
II. Globale Mindeststeuer und Mindeststeueranpassungsgesetz	92
1. Ausgangslage: Vom internationalen Konsens zum europäischen Sonder- weg	92
2. Deutsche Umsetzung: Nachbesserungen durch das Mindeststeueranpas- sungsgesetz	93
3. Internationaler Wettbewerbsrahmen: Side-by-Side mit den USA und Wettbewerbsnachteile für Europa.	94
4. Empirische Bestandsaufnahme: Hoher Compliance-Aufwand bei be- grenzter fiskalischer Wirkung	95
5. Perspektiven und Reformbedarf: Wege zu einer praxistauglichen Min- destbesteuerung.	96
F. EU-Steuerpolitik	97
I. Tax Decluttering und Steuervereinfachung.	97
1. Arbeitsprogramm der EU-Kommission im Bereich direkte Unterneh- mensbesteuerung.	97
2. Hinzurechnungsbesteuerung (CFC Rules)	98
a) Auf EU-Ebene: Deaktivierung für Unternehmen unter globaler Min- deststeuer	98
b) Vereinfachungen für von der Hinzurechnungsbesteuerung erfassten Unternehmen in der ATAD.	98
3. Zinsschrankenregelung	99
4. Anti-Hybrid-Regelungen.	100
5. Wegzugsbesteuerung.	101
II. DAC: Prioritäten für Vereinfachung und Entlastung	101
1. DAC 6-Hallmarks: Relevanz und Proportionalität prüfen.	101
2. EU-Steueridentifikationsnummer	101
3. Wirtschaftliches Eigentum	102
III. Neues Unternehmensregime für Innovation (28. Regime).	102
IV. Digitalsteuer	104
V. Rückzug stockender Steuerinitiativen.	105
G. Nachhaltigkeitsberichterstattung	105
I. Corporate Sustainability Reporting Directive: Omnibus der EU-Kommission .	105
1. Ausgangslage	105
2. Omnibus der EU-Kommission	106
3. Position des Rats der Europäischen Union zum Omnibus I	108
4. Position des Europäischen Parlaments	108
5. Start der Trilog Verhandlungen	109

	Seite
II. Praxistaugliche Ausgestaltung der Nachhaltigkeitsberichtsstandards ESRS .	110
III. Deutsche Umsetzung der CSRD	110
Zweiter Teil: Neuregelungen ab 2026 und weitere geplante Rechtsänderungen.	113
A. Unternehmensbesteuerung	115
I. Bilanzierung	115
1. Taxonomien – Version 6.9	115
2. Eigenbetrieblich genutzte Grundstücksteile von untergeordnetem Wert .	115
II. Gewinnermittlung.	115
1. Übertragung stiller Reserven.	115
2. Wegfall der hälftigen Steuerbefreiung für REIT-AGs.	116
III. Kapitalgesellschaften	116
1. Senkung des Körperschaftsteuersatzes	116
2. Anpassung von Kapitalertragssteuerbescheinigungen.	116
IV. Personengesellschaften – Thesaurierungssteuersatz	117
V. Investmentfonds	117
1. Unternehmerische Tätigkeit des Investmentfonds	117
2. Beteiligung von Immobilienfonds an REIT-AGs.	118
3. Ergänzung inländischer Beteiligungseinkünfte.	118
4. Ergänzung inländischer Immobilienerträge	118
5. Ergänzung sonstiger inländischer Einkünfte.	118
6. Ausnahmen von den Körperschaftsteuerbefreiungen auf Fondsebene . .	119
7. Ausnahmen von den Gewerbesteuerbefreiungen auf Fondsebene	119
VI. Forschungszulagen	119
1. Erhöhung des Stundensatzes für Eigenleistungen	119
2. Ausweitung der förderfähigen Aufwendungen	120
3. Erhöhung der Höchstgrenze der förderfähigen Aufwendungen	120
VII. Gemeinnützigkeit.	120
1. Modifizierungen bei der Übungsleiterpauschale	120
2. Modifizierungen bei der Ehrenamtspauschale.	120
3. Ausweitung gemeinnütziger Zwecke auf die Förderung des E-Sports . . .	121
4. Anhebung der Freigrenze bei der Pflicht zur zeitnahen Mittelverwendung	121
5. Photovoltaikanlagen als gemeinnützigkeitsrechtlich unschädliche Betä-	
tigung	121
6. Anhebung der Freigrenze für wirtschaftliche Geschäftsbetriebe	121
7. Sportliche Veranstaltungen.	122
VIII. Verfahrensrecht	122
1. Bereitstellung von Steuerbescheiden zum Datenabruf	122
2. Bekanntgabe von Verwaltungsakten gegenüber Ehegatten oder Lebens-	
partnern	123

	Seite
3. Aufbewahrungsfrist von Buchungsbelegen	123
4. Sorgfalts- und Meldepflichten zu Kryptowerten und digitalen Finanzprodukten	123
B. Arbeitnehmerbesteuerung	124
I. Einnahmen	124
1. Aktivrente	124
2. Prämienzahlungen Spitzensport	125
3. Betriebsveranstaltungen.	125
II. Werbungskosten.	125
1. Entfernungspauschale	125
2. Unterkunftskosten bei doppelter Haushaltsführung	125
3. Gewerkschaftsbeiträge.	126
4. Reisekosten bei betrieblich und beruflich veranlassten Auslandsreisen ab 1.1.2026	126
III. Mobilitätsprämie	126
C. Umsatzsteuer	126
I. Steuersatz auf Restaurant- und Verpflegungsleistungen	126
II. Abschaffung des Umsatzsteuerlagers	127
III. Vorsteuer und Rechnungsanforderungen	127
1. Aufteilung der Vorsteuer bei gemischt genutztem Grundstück	127
2. Zeitpunkt des Vorsteuerabzugs bei Leistung eines Ist-Versteuerers	127
3. Rechnungspflichtangaben bei Versteuerung nach vereinnahmten Entgelten	128
IV. Vorsteuer-Vergütungsverfahren: Bescheidbekanntgabe	128
D. Internationales Steuerrecht.	128
I. Doppelbesteuerungsabkommen.	128
1. DBA Niederlande	128
2. DBA Schweiz.	129
II. Hinzurechnungsbesteuerung nach Außensteuergesetz	130
1. Freigrenze bei gemischten Einkünften	130
2. Hinzurechnungsbeträge bei Spezial-Investmentfonds.	130
III. Anpassungen des Mindeststeuergesetzes	131
1. CbCR-basierter Safe-Harbour	131
2. Berücksichtigung latenter Steuern	131
3. Austausch von Angaben aus den Mindeststeuer-Berichten	132
E. Besteuerung von Privatpersonen	132
I. Parteispenden	132
II. Private Altersvorsorge	132
1. Altersvorsorgezulage	132

	Seite
2. Zertifizierungsanforderungen an einen Altersvorsorgevertrag	133
F. Wirtschaftsprüfung	134
I. Jahres- und Konzernabschlussprüfung	134
1. Auswirkungen der Senkung des Körperschaftsteuersatzes ab 2028 auf die Bilanzierung latenter Steuern in der Handelsbilanz	134
2. Ertragsteuerinformationsbericht: Public Country by Country Reporting. .	134
a) Entwicklung	134
b) Betroffene Unternehmen.	135
c) Inhalt des Ertragsteuerinformationsberichts	136
d) Berichtszeitraum und Offenlegung	137
e) Prüfung.	137
f) Sanktionen.	138
g) Zusammenhang mit Country-by-Country-Reporting	138
3. IDW S 16 zur Krisenfrüherkennung und zum Krisenmanagement.	139
a) Einführung.	139
b) Krisenfrüherkennung	139
c) Krisenmanagement	140
4. Entwurf einer IDW-Stellungnahme zur Rechnungslegung: Bilanzierung von Anteilen an Personenhandelsgesellschaften im handelsrechtli- chen Jahresabschluss (IDW ERS FAB 18)	140
a) Zugangsbewertung von Beteiligungen an Personenhandelsgesell- schaften	141
b) Vereinnahmung von Gewinnanteilen	141
c) Kapitalrückzahlungen der Gesellschaft.	142
d) Behandlung latenter Steuern	142
5. Handelsrechtliche Bilanzierung von Emissionsberechtigungen und von THG-Quoten (IDW RS FAB 15)	143
a) Überblick.	143
b) Emissionsberechtigungen nach dem TEHG	143
c) Emissionszertifikate nach dem BEHG	143
d) Treibhausgasminderungsquote (THG-Quote)	144
II. Nachhaltigkeitsberichterstattung.	144
1. CSRD-Umsetzungsgesetz	144
a) Gesetzgebungsverfahren	144
b) Wesentlicher Inhalt des CSRD-Umsetzungsgesetzes	145
aa) Betroffene Unternehmen	145
bb) Anwendungszeiträume	146
cc) Inhaltliche Anforderungen an den Nachhaltigkeitsbericht	146
dd) Bestandteil des (Konzern-)Lageberichts.	147
ee) Prüfung der Nachhaltigkeitsberichterstattung	147
ff) Prüfungsberechtigung	148
gg) Sanktionen	148
c) Folgen der Nichtumsetzung des CSRD-Umsetzungsgesetzes in 2025 für das Geschäftsjahr 2025.	148

	Seite
2. Omnibus-Paket der EU-Kommission zur Bürokratieentlastung	150
a) Verfahren	150
b) CO ₂ -Grenzausgleichssystem	150
c) Corporate Sustainability Reporting Directive	150
d) Corporate Sustainability Due Diligence Directive	152
3. EFRAG Exposure Drafts: Überarbeitungen des ESRS Set 1	153
4. Voluntary Sustainability Reporting Standards for non listed SMEs	156
III. Internationale Rechnungslegung	156
1. Prüfungsschwerpunkte 2025 der ESMA	156
a) Abschlüsse nach International Financial Reporting Standards (IFRS)	157
b) Nachhaltigkeitsberichte nach den European Sustainability Report-	158
ing Standards (ESRS).	
c) ESEF (European Single Electronic Format)	158
2. Prüfungsschwerpunkte der BaFin	158
3. Noch nicht angewendete neue bzw. geänderte Standards und Interpre-	159
tationen (IAS 8.30)	
a) Überblick	159
b) Änderungen im Einzelnen	160
aa) Neuer Standard IFRS 18 betreffend „Darstellung und Offenle-	160
gung in Abschlüssen“ ersetzt IAS 1	
bb) Veröffentlichung und Änderungen von IFRS 19 „Tochterunter-	164
nehmen ohne öffentliche Rechenschaftspflicht: Angaben“ . . .	
cc) Veröffentlichung Sammel-Änderungsstandard „Annual Impro-	165
vements to IFRS Accounting Standards – Volume 11“	
dd) Änderungen an IFRS 9 und IFRS 7 betreffend „Verträge über	165
naturabhängige Stromversorgung“	
ee) Änderungen an IFRS 9 und IFRS 7 zur Klarstellung der Klas-	166
sifizierungs- und Bewertungsvorschriften von IFRS 9	
ff) Änderungen an IAS 21 bezüglich der Umrechnung in eine hoch-	167
inflationäre Berichtswährung	
G. Wirtschaftsrecht	168
I. Allgemeines Zivil- und Prozessrecht	168
1. Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2023/2225 über Verbraucher-	168
kreditverträge	
a) Überblick	168
b) Regelungen für Verbraucherverträge im Überblick	168
aa) Anwendungsbereich	168
bb) Kreditwürdigkeitsprüfung	168
c) Widerruf	169
d) Überziehung und Rückzahlung	169
2. Gesetz zur Änderung des Verbrauchervertrags- und des Versicherungsver-	170
tragsrechts	
3. Gesetz zur Änderung des Zuständigkeitsstreitwerts der Amtsgerichte . .	171
4. Gesetz zur Änderung der Vorschriften über die Einführung der elektro-	172
nischen Akte in der Justiz	

	Seite
5. Gesetz zur Einführung eines Online-Verfahrens in der Zivilgerichtsbarkeit	172
6. Gesetz zur Einführung einer elektronischen Präsenzbeurkundung	173
7. Gesetz zur Modernisierung des Produkthaftungsrechts	174
a) Überblick	174
b) Produktbegriff	175
c) Geplante erweiterte Haftungsregelungen	176
d) Verbesserte Durchsetzungsmöglichkeiten für Geschädigte	178
e) Voraussichtliches Inkrafttreten	179
II. Gesellschaftsrecht	179
1. Gesetz zur Ausweitung der notariellen Online-Verfahren im Gesellschafts- und Registerrecht	179
2. Gesetz zur Stärkung der genossenschaftlichen Rechtsform	180
3. Digitalisierungsrichtlinie II	181
III. Arbeitsrecht	183
1. Gesetz zur Modernisierung und Digitalisierung der Schwarzarbeitsbekämpfung	183
2. EU-Entgelttransparenzrichtlinie	184
a) Gesetzgebungsverfahren	184
b) Regelungen der EU-Entgelttransparenzrichtlinie	184
aa) Pflichten im Bewerbungsprozess	184
bb) Informationspflichten der Arbeitgeber	185
cc) Individuelles Auskunftsrecht eines Arbeitnehmers	185
dd) Berichtspflichten des Arbeitgebers	186
ee) Gemeinsame Entgeltbewertung	187
ff) Sanktionen	187
3. Tariftreuegesetz	188
4. Zweites Betriebsrentenstärkungsgesetz	188
5. Sozialversicherungsrechengrößen-Verordnung 2026	189
6. Künstlersozialabgabe-Verordnung 2026	189
IV. IT-Recht und Datenschutz	190
1. AI-Act	190
a) Verfahren und Übergangsfristen	190
b) Risikobasierter Ansatz bei der Einstufung von KI-Systemen	190
c) Verbotene KI-Praktiken	191
d) Anforderungen bei Hochrisikosystemen	192
e) Risikounabhängige Anforderungen bei „General Purpose AI“	193
2. NIS2-Umsetzungsgesetz	193
3. Cyber-Resilience Act	194
a) Verfahren	194
b) Marktzugangspflichten	195
c) Herstellerpflichten	195
d) Meldepflichten	195
e) Informationspflicht gegenüber Nutzern	196

	Seite
f) Konformitätsbewertung und Dokumentation	196
g) Sanktionen.	197
V. Immobilienrecht	197
1. Gesetz zur Digitalisierung des Vollzugs von Immobilienverträgen	197
2. Gesetz zur Verlängerung der Mietpreisbremse.	198
VI. Environmental Social Governance	198
1. Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz	198
a) Änderung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes.	198
aa) Gesetzgebungsverfahren.	198
bb) Abmilderung der Berichtspflichten und Sanktionen	199
cc) Fortbestand der Sorgfaltspflichten	199
b) Entwicklungen auf europäischer Ebene	199
aa) Omnibus-Paket der EU-Kommission	199
bb) Beschränkung der Sorgfaltspflichten.	200
cc) Längere Überwachungszeiträume	200
dd) Aufhebung der zivilrechtlichen Haftung.	200
ee) Reduzierung des Trickle-Down-Effekts.	201
ff) Abschwächung der Pflicht zur Erstellung von Klimaplänen	201
gg) Längere Übergangsfristen	201
2. Entwaldungsverordnung.	201
a) EU-Verordnung für entwaldungsfreie Lieferketten.	201
b) Verordnung zur Änderung der EU-Verordnung für entwaldungsfreie Lieferketten	203
aa) Verfahren	203
bb) Einführung von zwei neuen Kategorien Kleinst- und Kleinunternehmen in der Primärerzeugung und nachgelagerte Marktteilnehmer.	203
cc) Anwendungsbeginn und Übergangsfristen, Art. 38.	204
3. CO ₂ -Grenzausgleichssystem CBAM	204
4. Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb	205
5. Einwegkunststofffondsgesetz	207
a) Prüfpflicht	207
b) Registrierungspflicht für Hersteller von Feuerwerkskörpern.	208
6. EU-Verpackungsverordnung	208
7. EU-Batterieverordnung	209
8. Anpassung der EU-Abfallrahmenrichtlinie	212
VII. Energierecht	215
1. Drittes Gesetz zur Änderung des Energiesteuer- und Stromsteuergesetzes	215
2. Geothermie-Beschleunigungsgesetz	216

	Seite
Dritter Teil: Entwicklungen in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung 2025.	219
A. Unternehmensbesteuerung	221
I. Bilanzierung	221
1. E-Bilanz	221
a) Taxonomien (Version 6.8)	221
b) Ausweitung der elektronischen Übermittlungspflicht.	221
2. Abgrenzung von Anlagevermögen und Umlaufvermögen	221
3. Degressive AfA für bewegliche Wirtschaftsgüter	222
4. Sonderabschreibung für E-Fahrzeuge	222
5. Rücklage nach § 6b EStG	223
a) Gewinnzuschlag nach § 6b Abs. 7 EStG verfassungskonform	223
b) Zurechnung von Anschaffungen bei Verschmelzung	223
c) Korrektur einer zu Unrecht gebildeten Rücklage	224
6. Rückstellung für Steuernachforderungen: Bildungszeitpunkt.	224
7. Pensionsrückstellungen	225
a) Bildung der Rückstellung	225
b) Verzinsung nun doch vor dem BFH?	225
8. Übertragung eines Gewerbebetriebs unter Vorbehaltsnießbrauch	226
II. Gewinnermittlung.	227
1. Betriebsausgabenabzug trotz steuerbefreiter Photovoltaikanlage.	227
2. Keine Versagung des Betriebsausgabenabzugs mangels schriftlicher Verträge	227
3. Betriebsausgabenabzug von Ausgleichszahlungen im Rahmen eines Zinsswaps.	228
4. Zinsabzugsbeschränkung bei Überentnahme verfassungsgemäß.	228
5. Zinsschranke: Verlautbarung des BMF	229
6. Rücklage bei Übernahme von Pensionsverpflichtungen	230
7. Privatnutzung eines Firmenwagens: Erschütterung des Anscheinsbeweis	230
8. Steuerbefreiung von Sanierungserträgen in Altfällen	231
9. Rückwirkende Anwendung von § 6e EStG	232
III. Personengesellschaften	232
1. Teilabzugsverbot nach § 3c Abs. 2 EStG	232
a) Allgemeine Verwaltungskosten einer Holdingpersonengesellschaft	232
b) Innerorganschaftliche Zinsaufwendungen	233
c) Teilwertabschreibung eines Gesellschafterdarlehens	234
2. Verstoß gegen die Körperschaftsteuerklausel	235
3. § 6b-Rücklage bei Personengesellschaften.	235
a) Ausübung des Wahlrechts	235
b) Auswirkung auf Kapitalkonto nach § 15a EStG	236
4. Verluste bei Vorbehaltsnießbrauch an Kommanditanteil	236
5. Verrechenbare Verluste nach § 15a EStG.	237
a) Maßgeblichen Kapitalkonto	237

	Seite
b) Verlustausgleichsvolumen bei „rückgeführten Mehrentnahmen“ . . .	238
c) Gewinnhinzurechnung nach § 15a Abs. 3 EStG	238
d) Verlustnutzung nach Beendigung einer zweigliedrigen KG durch Anwachsung.	239
6. Verlustausgleichsbeschränkung bei Steuerstundungsmodellen verfassungsgemäß	240
7. Thesaurierungsbegünstigung.	240
8. Sonderbetriebseinnahmen: Steuerfreiheit einer Aufwandsentschädigung für Ehrenamt	241
9. Wertlose Darlehensforderung des Gesellschafters bei Betriebsaufgabe. .	241
10. Freiberufler-Personengesellschaft mit kaufmännischer Leitung durch Berufsträger	242
IV. Körperschaften	242
1. Dividendenbesteuerung bei zur Sicherheit übereigneten Aktien	242
2. Beratungskosten bei Veräußerung einer Einzelgesellschaft.	243
3. Abzugsverbot bei Gesellschafterdarlehen.	244
a) Abzugsverbot in Personengesellschaftsstrukturen	244
b) Währungskursverluste aus Gesellschafterdarlehen in Altfällen.	245
4. Keine AdV bei schädlichen Beteiligungserwerb nach dem 31.12.2015. .	246
5. Verfassungskonformität der Mindestgewinnbesteuerung	246
6. Organschaft	247
a) Atypisch stille Beteiligung an der Organgesellschaft	247
b) Geschäftsleitende Holding-Personengesellschaft als Organträgerin. .	248
c) Ausschüttung einer EU-Kapitalgesellschaft an eine deutsche Organgesellschaft	248
d) Änderung des Wirtschaftsjahrs zur Nutzung organschaftlicher Verluste.	248
e) Verlustabzugsverbot bei unterjährigem schädlichem Wechsel der Anteilseigner des Organträgers	249
7. Steuerliches Einlagekonto	250
a) Einlagen in die Kapitalrücklage bei wirtschaftlicher Neugründung. .	250
b) Nicht deklarierte Einlagen des Anteilseigners	250
c) Detailänderungen zum steuerlichen Einlagekonto.	251
8. Gesellschafterebene	251
a) Keine verdeckte Gewinnausschüttung bei Tantiemezahlungen an den Minderheitsaktionär	251
b) Forderungsverzicht eines GmbH-Gesellschafters gegen Besserungsschein.	252
c) Ablösung eines Vorbehaltsnießbrauchs an GmbH-Anteilen	253
d) Veräußerung einer typisch stillen Beteiligung	253
e) Rückabwicklung einer Anteilsübertragung bei gemeinsamem Irrtum der Vertragsparteien.	254
V. Gewerbesteuer.	255
1. Keine Gewerbesteuerpflicht der aufwärts abgefärbten Obergesellschaft .	255
2. Anteilsveräußerungsgewinn bei doppelstöckiger Personengesellschaft . .	255

	Seite
3. Veräußerung eines mit atypischer Unterbeteiligung belasteten Kommanditanteils	256
4. Bankenprivileg: Anwendung auf Konzernfinanzierungsgesellschaft in Alt-fällen	257
5. Hinzurechnung von Werbeaufwendungen.	257
a) Anmietung von Werbeträgern	257
b) Durchführung von Außenwerbekampagnen	258
6. Einfache Grundbesitzkürzung	259
7. Zerlegung des Gewerbesteuermessbetrags	260
a) Energiespeicheranlagen	260
b) Berücksichtigung von Arbeitslöhnen	260
8. Heheberechtigung bei gemeindefreien Betriebsstätten	260
9. Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer	260
a) Anrechnung bei Erlass festgesetzter Gewerbesteuer	260
b) Unterjähriger Gesellschafterwechsel und abweichendes Wirtschafts-jahr	261
VI. Umwandlungssteuer	261
1. Umwandlungssteuererlass in aktualisierter Fassung.	261
2. Buchwertantrag: Form und Zeitpunkt	263
3. Einbringungsgewinn I	263
a) Sperrfristverletzung durch den Rechtsnachfolger	263
b) Nachweisfrist nach Einbringung	264
4. Einbringungsgewinn II.	265
a) Ausnahme bei vorheriger Veräußerung	265
b) Formwechsel	266
c) Verstoß gegen Fusionsrichtlinie bei grenzüberschreitender Umwand-lung	266
5. Aufhebung der Sonderregelungen für einbringungsgeborene Anteile . . .	267
VII. Sonstige Themen der Unternehmensbesteuerung	267
1. Unterstützung der vom Krieg in der Ukraine Geschädigten	267
2. Verfassungsrechtliche Zweifel am EU-Energiekrisenbeitrag	268
3. Solidaritätszuschlag: Erfolgreiche Verfassungsbeschwerde	268
4. Forschungszulage: Leistung an Anspruchsberechtigten	269
VIII. Verfahrensrecht	269
1. Ergänzung der gemeinnützigen Zwecke.	269
2. Einheitlich erteilte verbindliche Auskunft	269
3. Fiktion der Bekanntgabe von Steuerbescheiden	270
4. Verkürzung von Aufbewahrungsfristen.	270
5. Vorlagepflicht von E-Mails im Rahmen einer Betriebsprüfung	271
6. Anzeige- und Berichtigungspflicht hinsichtlich Prüfungsfeststellungen .	271
7. Ablaufhemmung der Festsetzungsfrist bei Außenprüfungen.	272
8. Teilabschlussbescheid	272
a) Feststellungsbescheid	272
b) Verbindliche Zusage.	273

	Seite
9. Prüfungsanordnung in beratenen Fällen	273
10. Regelmäßige Gespräche.	273
11. Qualifiziertes Mitwirkungsverlangen	274
12. Nachzahlungszinsen: Erlass bei freiwilliger Steuervorauszahlung	274
13. Aussetzungszinsen: verfassungsrechtliche Zweifel gegenüber Zinssatzhöhe	275
14. Stundungszinsen auf Haftungsansprüchen	275
15. Prozesszinsen auf erstattete Haftungsansprüche.	275
16. Säumniszuschläge: Verfassungsmäßigkeit ab März 2022	276
B. Arbeitnehmerbesteuerung	276
I. Arbeitsentgelt	276
1. Dienstwagenbesteuerung bei Nutzung eines E-Fahrzeugs	276
2. Vorteilsminderung bei der 1 %-Regelung.	276
3. Altersteilzeit: Steuerfreiheit von Aufstockungsbeträgen	277
4. Forschungspreisgeld für Habilitation	277
5. Kein Arbeitslohn bei Anteilsübertragung zur Sicherung der Unternehmensnachfolge	278
6. Mitarbeiterbeteiligung: Veräußerungsgewinn als Arbeitslohn oder Kapitaleinkünfte	278
7. Erstattete Steuer auf Verdienstausschüttung	279
8. Fünftelregelung	279
a) Abfindung bei Vereinbarung eines Rückkehrrechts	279
b) Wegfall der Fünftelregelung beim Lohnsteuerabzug	280
9. Keine Pauschalbesteuerung gemäß § 37b EStG bei Beiträgen an Pensionsfonds	280
II. Werbungskosten.	280
1. Fahrtkosten.	280
a) Berücksichtigung einer Leasingsonderzahlung.	280
b) Fahrtkosten eines Teilzeitstudenten.	281
c) Fahrtkosten eines Leiharbeitnehmers.	281
2. Reisekosten bei betrieblich und beruflich veranlassten Auslandsreisen seit 1.1.2025	282
3. Umzug wegen Einrichtung eines Arbeitszimmers	282
4. Eigener Hausstand bei doppelter Haushaltsführung.	282
C. Umsatzsteuer	283
I. Besteuerung der Umsätze	283
1. Geschäftsveräußerung im Ganzen	283
a) Grenzen der nicht steuerbaren Geschäftsveräußerung im Ganzen bei Leistungen an Dritte	283
b) Keine Geschäftsveräußerung im Ganzen bei Übertragung auf mehrere Erwerber	283
2. Wärme- und Stromlieferungen sowie Betrieb von Anlagen zur Energieerzeugung	284
a) Unentgeltliche Wärmelieferungen an andere Unternehmer	284

	Seite
b) Mieterstrom als selbständige Lieferung	285
c) Direktverbrauch aus dem Betrieb von Anlagen zur Energieerzeugung	285
3. Übertragung von nach dem 1.1.2019 ausgegebenen Einzweck-Gutscheinen	286
4. Umsatzsteuer im digitalen Raum	286
a) Ortsregelung für Streamingdienstleistungen/virtuelle Veranstaltungen	286
b) In-App-Käufe	287
c) Freiwillige Zahlungen an Websitebetreiber	287
d) Umsätze aus Online-Veranstaltungsdienstleistungen	288
e) Handel mit Non-Fungible Token	289
5. Dienstleistungen einer Holding an ihre Tochtergesellschaften	289
6. Verrechnungspreisanpassungen	290
7. Innenumsätze in einer Organschaft nicht umsatzsteuerbar	290
8. Entgelt bei vorzeitiger Beendigung des Werklieferungsvertrags durch den Kunden	291
9. Kraftstofflieferungen in einem Tankkartensystem	291
10. Entsorgung gefährlichen Abfalls	292
11. Bemessungsgrundlage bei strafrechtlicher Einziehung von Bestechungsgeldern	292
12. Leistungen eines Fitnessstudios während des Corona-Lockdowns	292
13. Insolvenz eines Abrechnungsdienstleisters	293
14. Bonuszahlungen im Zentralregulierungsgeschäft	293
15. Unternehmereigenschaft beim Verkauf von Privatgrundstücken durch Ehegatten	294
II. Steuerbefreiungen	294
1. Modifizierung der Steuerbefreiung für Bildungsleistungen	294
2. Ausfuhrlieferungen	295
a) Ausfuhrlieferungen von Gegenständen zur Ausrüstung oder Versorgung eines Beförderungsmittels	295
b) Klarstellung zum Scan-Verfahren bei Ausfuhrlieferungen	296
c) Nachweis der Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Steuerbefreiung	296
d) Kein Ausschluss der Steuerbefreiung durch Zollformfehler bei der Wiedereinfuhr	297
III. Steuersatz	297
1. Ermäßigter Umsatzsteuersatz auf Kunstwerke	297
2. Ermäßigter Steuersatz auf die Lieferung von Holzhackschnitzeln als Brennholz	298
3. Aufteilung eines Gesamtentgelts bei Produkten mit unterschiedlichen Umsatzsteuersätzen	298
IV. Vorsteuerabzug	299
1. Vorsteuerabzug bei konzerninternen Verrechnungen von Dienstleistungen	299
2. Kein Vorsteuerabzug bei unentgeltlicher Trocknung fremder Holzhackschnitzel	299

	Seite
3. Vorsteuerabzug in Insolvenzfällen	300
4. Vorsteueraufteilung bei Kreditinstituten	301
5. Vorsteuerberichtigung bei geänderter rechtlicher Beurteilung der Umsätze	301
6. Vorsteuerberichtigung bei fortlaufendem Bau in Bauabschnitten	302
V. Rechnungstellung und E-Rechnungen	302
1. Angabe von Rechnungspflichtangaben in anderen Amtssprachen der EU	302
2. Unrichtiger und unberechtigter Steuerausweis	303
a) Unrichtiger Steuerausweis bei übernommenen Verträgen	303
b) Unrichtiger Steuerausweis bei Rechnungen an Endverbraucher.	303
c) Vorliegen einer Rechnung in Fällen des unberechtigten Steuerausweises.	304
d) Direktanspruch nur bei unrichtigem Steuerausweis.	304
3. Verpflichtende E-Rechnung im B2B-Bereich	304
4. E-Rechnungen: Aufbewahrungserleichterungen für Kleinunternehmer	306
5. Anpassungen der GoBD insb. hinsichtlich E-Rechnungen	307
VI. Sonstige umsatzsteuerliche Themen	307
1. Umsatzsteuer-Voranmeldung.	307
a) Befreiung von der Abgabepflicht.	307
b) Umsatzgrenze für monatlichen Voranmeldungszeitraum.	307
2. Besteuerung von Kleinunternehmern	307
a) Modifizierungen der bisherigen Regelungen	307
b) EU-weite Anwendung	308
3. EuGH-Vorlage zum Vertrauensschutz im Steuerfestsetzungsverfahren	309
4. Differenzbesteuerung bei der Lieferung von Gegenständen durch eine juristische Person.	309
D. Immobilienbesteuerung	309
I. Ertragsbesteuerung.	309
1. Gebäude-AfA nach Wegfall der gewerblichen Prägung der Personengesellschaft	309
2. Sonderabschreibung für Mietwohnungsneubau	310
3. Photovoltaikanlagen: Steuerbefreiung von Einnahmen	310
4. Förderung energetischer Maßnahmen an zu eigenen Wohnzwecken genutzten Gebäuden	311
5. Teilentgeltliche Übertragung einer Immobilie des Privatvermögens	311
6. Schuldzinsenabzug bei unentgeltlicher Übertragung eines Teils des Vermietungsobjekts.	312
7. Drei-Objekt-Grenze bei erstmaligen Grundstücksveräußerungen im sechsten Jahr	312
8. Beginn der sachlichen Gewerbesteuerpflicht einer Ein-Objekt-KG.	313
9. Erweiterte Grundstückskürzung	313
a) Keine Anwendung bei Überschreiten der Drei-Objekt-Grenze	313
b) Unterjähriger Verkauf des gesamten Grundbesitzes.	314
c) Betriebsverpachtung	314

	Seite
II. Grundsteuer	315
1. Verfassungskonformität der Grundsteuermodelle	315
a) Baden-Württembergisches Grundsteuermodell	315
b) Hessisches Grundsteuermodell	315
c) Grundsteuermodell der Stadt Hamburg	316
d) Grundsteuermodell des Freistaats Bayern	316
e) Grundsteuermodell des Bundes	316
2. Grundsteuerwerte: Anzeige von Änderungen	317
III. Grunderwerbsteuer	317
1. Grunderwerbsteuersatz – Erhöhung in Bremen zum 1.7.2025	317
2. Änderung des Gesellschafterbestands einer Personengesellschaft	317
a) Kapitalgesellschaft als neue Gesellschafterin	317
b) Verlängerung der Beteiligungskette	318
c) Zweifache Grunderwerbsteuer bei zeitgleichen Grundstückskauf und bedingtem Anteilsverkauf	318
3. Anteilsvereinigung an Kapitalgesellschaft	319
a) Ermittlung der Beteiligung am Gesellschaftskapital	319
b) Zurechnung von Grundstücken	320
c) Zweifel an zweimaliger Festsetzung bei Auseinanderfallen von Sig- ning und Closing	321
4. Steuerbefreiungen bei Übertragung von/auf Gesamthand	321
a) Interpolierende Anwendung	321
b) Zweifel an der Anwendung der verlängerten Nachbehaltensfrist	322
c) Aufhebung einer Wohnungseigentümergeinschaft	323
5. Konzernklausel	323
a) Zu den Voraussetzungen der Konzernklausel	323
b) Anwendung bei Einbringung durch Sachgründung	324
6. Vereinfachte Ermittlung der Gegenleistung	325
7. Bemessungsgrundlage bei Ausübung eines Vorkaufsrechts	325
8. Solar- und Photovoltaikanlagen als Gebäudebestandteil oder Betriebs- vorrichtung	325
9. Steuerbefreiender Rückerwerb auch bei Nichtsteuerbarkeit des voraus- gegangenen Erwerbs	326
E. Internationales Steuerrecht	326
I. Doppelbesteuerungsabkommen	326
1. Stand der Doppelbesteuerungsabkommen	326
2. Anwendung des MLI	327
3. Voraussetzungen für das Vorliegen einer ausländischen Betriebsstätte	328
4. Entstrickung bei Überführung von Wirtschaftsgütern in eine ausländi- sche Betriebsstätte	329
5. Carried Interest von einer US-Personengesellschaft	330
6. Gewinnanteil eines in den USA ansässigen stillen Gesellschafters	330
7. Treaty Override in § 50d Abs. 10 EStG verfassungskonform?	331

	Seite
8. Keine vGA wegen Nutzungsmöglichkeit einer spanischen Ferienimmobilie	332
II. Quellensteuer	332
1. Geltungsdauer von Freistellungsbescheinigungen	332
2. Anti-Treaty-Shopping-Regelung des § 50d Abs. 3 EStG	332
a) Entschärfung	332
b) Verzinsung von Erstattungsbeträgen zur Kapitalertragsteuer	333
3. Abgeltender Kapitalertragsteuerabzug bei Drittstaatengesellschaft EU-rechtswidrig?	334
III. Lizenzschranke	334
IV. Außensteuerrecht.	335
1. Verrechnungspreise.	335
a) Preisermittlung bei Parallelimporten von Arzneimitteln	335
b) Unverzinslichen Darlehen an ausländische Tochtergesellschaften . .	335
c) Vorlage der Verrechnungspreisdokumentation	336
d) Transaktionsmatrix.	337
e) Grenzüberschreitende Gruppenfinanzierungen	338
f) § 1 Abs. 5 Satz 1 AStG „nur“ Einkünftekorrekturvorschrift.	339
2. Erweiterte beschränkte Steuerpflicht	340
3. Wegzugsbesteuerung.	341
a) Rückkehrerregelung in Altfällen	341
b) Steuerstundung bei Wegzügen in die Schweiz in Altfällen	341
c) Vorlageentscheidungsersuchen zur Wegzugsteuer	342
d) Wegzugsbesteuerung i.S.d. InvStG	343
4. Hinzurechnungsbesteuerung.	343
a) Vereinfachte Entlastungsmöglichkeit in Altfällen	343
b) Einkünfte mit Kapitalanlagecharakter	344
5. Zurechnungsbesteuerung in Drittstaatenfällen EU-rechtswidrig	344
6. Switch-over-Klausel bei Betriebsstätteneinkünften	345
V. Globale Mindeststeuer – Anwendung des CbCR-Safe-Harbour bei Personengesellschaften	346
VI. Grenzüberschreitend tätige Mitarbeiter	346
1. Keine Arbeitgebereigenschaft einer ausländischen Betriebsstätte.	346
2. Steuerfreistellung in Deutschland ungeachtet niederländischer 30 %-Regelung	347
3. Abfindungen aus dem Ausland: Besteuerungsrecht Deutschlands.	348
4. Sonderausgabenabzug von Vorsorgeaufwendungen bei Auslandstätigkeit	348
5. Zu den Ausnahmen von der Anwendung des Progressionsvorbehalts . . .	349
VII. Steueroasen-Abwehrverordnung: Änderung durch Dritte Verordnung	349
F. Erbschaftsteuer	349
I. Steuerpflichtige Vorgänge	349
1. Werterhöhung von GmbH-Anteilen durch disquotale Einlage?	349

	Seite
2. Ausführungszeitpunkt einer gemischt-freigebigem Grundstücksschenkung	350
3. Pauschalabfindung für den Verzicht auf nahehehlichen Unterhalt.	351
4. Einlage eines Familienheims in eine Ehegatten-GbR	351
5. Verlagerung des Verwaltungssitzes einer liechtensteinischen Stiftung in das Inland.	352
6. Keine Ersatzerbschaftsteuerpflicht einer im Inland nichtrechtsfähigen ausländischen Familienstiftung.	353
II. Bewertung des übertragenen Vermögens	353
1. Ableitung des gemeinen Werts eines Kapitalgesellschaftsanteils aus Verkäufen	353
2. Geschlechterdifferenzierende Sterbetafeln.	354
III. Steuerbegünstigungen.	355
1. Betriebsvermögen.	355
a) Reaktion der Finanzverwaltung auf das sog. Parkhausurteil	355
b) Begünstigung von Wohnungsunternehmen bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer.	355
c) Forderung im Sonderbetriebsvermögen und korrespondierende Verbindlichkeit im Gesamthandsvermögen	357
d) Zeitlich auseinanderfallende Übertragung von Betrieb und Betriebsgrundstück.	357
e) Nachträgliche Erklärung der Vollverschonung von Betriebsvermögen	358
f) Behaltensfrist bei Ausgliederung des geerbten Betriebs.	359
g) Verschonungsabschlag bei Insolvenzeröffnung einer Kapitalgesellschaft	359
2. Wohnimmobilien	360
a) Steuerbefreiung von Wohnimmobilien in Drittstaatenfällen.	360
b) Steuerstundung bei Wohnimmobilien.	360
IV. Nachlassverbindlichkeiten	361
1. Erhöhung des Erbfallkosten-Pauschbetrags	361
2. Auseinandersetzungskosten einer Erbengemeinschaft	361
3. Abzugsfähigkeit bei beschränkter Steuerpflicht.	361
G. Besteuerung von Privatpersonen	362
I. Einkünfte aus Kapitalvermögen.	362
1. Einlösung von Zertifikaten als sonstige Kapitalforderung.	362
2. Ausgleichszahlungen für die vorzeitige Auflösung eines Zinsswaps	363
3. Basiszins zur Berechnung der Vorabpauschale 2025	363
4. Kapitalertragsteuerabzug: Übergangsregelung hinsichtlich weggefallener Verlustnutzungsbeschränkungen	364
II. Veräußerungsgewinne: Kryptowerte	364
III. Weitere Änderungen	365
1. Rentenbesteuerung: Abschmelzen des Versorgungsfreibetrags	365
2. Einkommensteuerentlastungen	365

	Seite
H. Wirtschaftsprüfung	365
I. Jahres- und Konzernabschlussprüfung	365
1. Das steuerliche Investitionssofortprogramm – Auswirkungen der neuen Abschreibungsregeln auf die Handelsbilanz	365
a) Abschreibungsregelungen für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens.	366
b) Sonder-AfA für Elektrofahrzeuge	366
2. IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung: Abgrenzung von Erhaltungsaufwand und Herstellungskosten bei Gebäuden in der Handelsbilanz (IDW RS IFA 1 n.F.)	367
a) Voraussetzungen für eine Aktivierung von Herstellungskosten	367
b) Außerplanmäßige Abschreibungen bei nicht rentierlichen Herstellungskosten	370
3. Handelsrechtliche Rechnungslegung bei Personenhandelsgesellschaften – IDW RS FAB 7	370
a) Hintergrund	370
b) Bilanzierung latenter Steuern bei Optierung zur Körperschaftsteuer	370
c) Erträge aus Beteiligungen an Kapitalgesellschaften und die Behandlung der Kapitalertragsteuer	371
d) Sonderposten für aktivierte Anteile an der Komplementärgesellschaft	371
e) Gewinnanteil des persönlich haftenden Gesellschafters	371
f) Bilanzierung bei Abfindung ausscheidender Gesellschafter durch die Personenhandelsgesellschaft	371
4. Neue Kapitalkostenempfehlung des IDW – aktuelle Entwicklung für die Bewertung von Unternehmen und immateriellen Vermögenswerten	372
II. Internationale Rechnungslegung	373
1. Überblick zu den Angabepflichten in einem EU-IFRS-Konzernabschluss zum 31.12.2025	373
2. Auswirkungen neuer bzw. geänderter Standards oder Interpretationen (IAS 8.28)	374
3. Änderungen an IAS 21: „Auswirkungen von Änderungen der Wechselkurse“ – Mangel an Umtauschbarkeit	374
I. Wirtschaftsrecht	375
I. Allgemeines Zivilrecht	375
1. Neue Pfändungsfreigrenzen seit 1.7.2025	375
2. Unwirksamkeit von Negativzinsen	376
a) Negativzinsen in Verträgen über Giro-, Tagesgeld- und Sparkonten können unwirksam sein	376
b) Verbraucherschutzverbände können keine Rückzahlung von Negativzinsen verlangen	377
3. Anlagevermittlung: Informationspflichten zur Bonität des Emittenten	377
4. Dreijährige Verjährungsfrist bei Verbraucheransprüchen auf Rückzahlung von Kontoführungsentgelten wegen unwirksamer Zustimmungsfiktion	378
5. Ersatzfähigkeit von Inkassokosten eines verbundenen Unternehmens	379

	Seite
6. Mindestkündigungsfrist auch bei automatischer Vertragsbeendigung bei D&O-Versicherungen im Insolvenzfall	379
7. Kündigungssperrfrist bei Erwerb von Wohnimmobilien durch Personenhandelsgesellschaften	380
8. Grundpfandrecht zugunsten noch nicht gezeugter Nachkommen	381
9. Konkrete Verantwortlichkeiten bei Verbandsgeldbußen	382
II. Gesellschaftsrecht	383
1. Allgemeines Gesellschaftsrecht	383
a) Bindung an die Stimmabgabe eines Gesellschafters bis zum Abschluss des Abstimmungsverfahrens in einer Personengesellschaft	383
b) Keine Pflicht zur Offenlegung personenbezogener Daten eines Gesellschaftsvertrags im Handelsregister	383
c) Geschäftsführerhaftung für gegen das Unternehmen verhängte Kartellbußgelder	384
d) Publikumsgesellschaft: Auskunftersuchen des Gesellschafters über persönliche Daten der Mit Anleger	385
e) Anmeldung einer Umwandlung: Nachreichen einer Schlussbilanz	386
f) Keine ausreichende Unterscheidungskraft einer Firma	387
2. Gesellschaft bürgerlichen Rechts.	387
a) Zwang zur Gesellschaftsregistereintragung für GbR bei Grundstücksveräußerung	387
b) Grundbuchberichtigung bei Veränderungen im Gesellschafterbestand einer GbR im Rahmen des MoPeG	388
c) Gesellschaftsregister: Eintragung einer GbR trotz unbekannter Erben	388
d) Eintragung eines Eigentumswechsels bei noch nicht im Gesellschaftsregister, aber im Grundbuch als Eigentümerin eingetragener GbR	389
e) Voreintragung im Gesellschaftsregister für GbR auch bei Zuschlag in der Zwangsversteigerung	390
f) GbR-Gesellschaftsregister: Vertretungsbefugnis zur Abgabe der Versicherung nach § 707 Abs. 2 Nr. 4 BGB.	390
3. Kommanditgesellschaften	391
a) Einsichtsrecht eines Kommanditisten nur zur Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten	391
b) Ausgeschiedener Kommanditist: Einsichts- und Auskunftsrecht zur Überprüfung des Abfindungsguthabens	391
4. Gesellschaften mit beschränkter Haftung	392
a) Einberufung von GmbH-Gesellschafterversammlungen: Keine entsprechende Anwendung von § 121 AktG	392
b) Wirksamkeit einer Erklärung auf Gesellschafts-Geschäftspapier.	392
c) Haftung von GmbH-Geschäftsführern: Klare Ressortaufteilung entscheidend	393
d) Haftung ausgeschiedener Geschäftsführer für Insolvenzverschleppungsschäden von Neugläubigern	393
e) Auskunftspflichten eines GmbH-Geschäftsführers nach dessen Abberufung.	394

	Seite
f) Gerichtliche Bestellung eines Notgeschäftsführers bei der GmbH nur als ultima ratio	394
g) Ausgliederung als Sachagio: Verzicht des Einbringenden auf Anteils- gewährung erforderlich	395
h) Fehlende Beschwerdeberechtigung: GmbH-Gesellschafter kann falschen Handelsregistereintrag nicht löschen lassen	396
i) Fehlender Ladungsnachweis führt zur Nichteintragung einer Abbe- rufung bzw. Neubestellung von Geschäftsführern	396
5. Aktiengesellschaften	397
a) Virtuelle Hauptversammlung: Zulässigkeit der Teilnahme von Auf- sichtsratsmitgliedern per Bild- und Tonübertragung	397
b) Zum Teilnahmerecht von Aktionären in Hauptversammlungen.	398
c) Herabsetzung der Vorstandsbezüge nach Eröffnung eines Insolvenz- verfahrens	398
d) Vertragswidrige Umwandlung: Außerordentliches Kündigungsrecht	399
6. Vereine.	400
a) Grundbuchfähigkeit eines nicht eingetragenen Idealvereins	400
b) Alternative Einberufungsformen in einer Vereinssatzung	400
III. Restrukturierung und Sanierung	401
1. Restrukturierungsverfahren nach dem StaRUG bei natürlichen Personen	401
2. Bestätigung des Basis- und Optionsmodells in einem Restrukturierungs- plan.	401
3. Keine Pflicht zur Schlussrechnung bei Insolvenz	402
4. Behandlung strittiger Forderungen im Rahmen der Prüfung der Zah- lungsunfähigkeit	403
5. Abwehr einer Zahlungsunfähigkeit: Realisierbarkeit von Forderungen gegen Dritte binnen drei Wochen.	403
6. Verbundene Unternehmen: Nachrangigkeit einer Darlehensforderung	404
7. Auskunftspflichten des Insolvenzverwalters	404
8. Verschärfte Vorgaben für Anfechtung durch Insolvenzverwalter	404
9. Vorsatzanfechtung: Zahlung von Gewerbemiete als Bargeschäft	405
10. Insolvenzanfechtung: Zahlung unter unmittelbarem Vollstreckungsdruck	406
11. Insolvenzanfechtung von Auslagenerstattungen und verspäteten Ge- haltszahlungen an Gesellschafter-Geschäftsführer.	406
12. Insolvenzanfechtung: Tilgungsleistungen auf gemeinsame Ehegattendar- lehen.	407
13. Unrichtiger Steuerbescheid oder unrichtige Steueranmeldung: An- fechtbarkeit von Steuerzahlungen nach § 134 InsO.	408
14. Vergütungsanspruch für vor der Insolvenzeröffnung vom Schuldner mangelfrei erbrachten Leistungsteil	408
15. Keine Unlauterbarkeit bei bloßer Fortsetzung eines verlustträchtigen Be- triebs.	409
16. Höhe des Rückgewähranspruchs im Rahmen einer Inkongruenzanfech- tung	410
17. Glaubhaftmachung von Steuerforderungen durch das Finanzamt	410
18. Zulässigkeit einer Insolvenzanfechtungsklage gegen Finanzbehörde ei- nes EU-Mitgliedstaats	411

	Seite
19. Insolvenzplanverfahren: Dreimonatsfrist gemäß § 58a Abs. 4 GmbHG nicht anzuwenden	411
20. Eigenverwaltung: Geschäftsführerhaftung für Begründung von Masseverbindlichkeiten	412
21. Bankrottstraftat: Klarstellung zu Buchführungspflichten und Bilanz-aufstellung bei Unternehmen in der Krise	412
IV. Arbeitsrecht	413
1. Vergütungen	413
a) BVerfG stärkt Tarifautonomie	413
b) Gehaltsabrechnungen online?	413
c) Equal-Pay-Grundsatz: Anspruch nur auf Median-Entgelt-Differenz . .	414
d) Entgeltfindung: Auskunftspflicht des Arbeitgebers nach dem Entgelt-transparenzgesetz	415
e) Geringe Hürden für Entgeltgleichheitsklagen	415
f) Schadensersatz wegen verspäteter Zielvorgabe	416
g) Diskriminierung Teilzeitbeschäftigter bei Überstundenzuschlägen . .	416
h) Diskriminierung Teilzeitbeschäftigter bei tariflicher Altersfreizeit . .	417
i) Aktienoptionen: Erstattungsanspruch des Arbeitgebers bei für den Arbeitnehmer geleisteten Lohnsteuernachzahlungen	417
j) Kein Ausschluss von Arbeitnehmern in der Passivphase ihrer Al-tersteilzeit von der Inflationsausgleichsprämie	417
k) Zeitgutschriften für Umkleidezeiten bei Urlaub und Krankheitsfall .	418
l) Keine Entgeltminderung bei voll freigestelltem Betriebsratsmitglied.	418
m) Vergütung (freigestellter) Betriebsratsmitglieder	419
n) Gleichbehandlung bei Gehaltserhöhungen aus Gesamtbudget	419
o) Gesamtzusagen unter Vorbehalt und der arbeitsrechtliche Gleichbe-handlungsgrundsatz	420
p) AGB-Kontrolle: Gesamtusage einer Inflationsausgleichsprämie . . .	421
2. Befristete Arbeitsverhältnisse	422
a) Vorübergehender Mehrbedarf an Arbeitskräften: Befristung eines Ar-beitsvertrages	422
b) Kürzere angemessene Probezeit bei befristeten Arbeitsverhältnissen	422
c) Kein Diskriminierungsschutz bei Befristung auf die Regelaltersgren-ze.	422
3. Arbeitsunfähigkeit	423
a) Beweiswert einer Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung bei Zusam-menfallen von Kündigung und Arbeitsunfähigkeit.	423
b) Erschütterung des Beweiswerts einer im Nicht-EU-Ausland erstellten Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung	423
c) Höchstgrenze für Krankheitstage: EuGH bestätigt unionsrechtskon-forme Kündigung trotz mittelbarer Benachteiligung	424
d) Urlaubsabgeltung bei Langzeiterkrankung.	425
e) Dienstwagnennutzung und Leasingkosten während Krankheit.	425
f) Kein Anspruch auf Krankengeld nach Renteneintritt.	426
4. Beendigung von Arbeitsverhältnissen	426
a) Klarstellungen des EuGH zu Fehlern im Massenentlassungsverfahren	426

	Seite
b) Beweis des Zugangs eines Kündigungsschreibens als Einwurf-Einschreiben.	427
c) Schadensersatzanspruch des Arbeitgebers bei Rückgabe eines beschädigten Kraftfahrzeugs.	428
d) Entschädigungsloser Widerruf der Privatnutzung eines Dienstwagens	428
e) Kein böswilliges Unterlassen anderweitigen Verdienstes bei Freistellung während der Kündigungsfrist	429
f) Dokumentationspflicht im Arbeitsvertrag: Kein Nachwirkungsanspruch bei Beendigung des Dienstverhältnisses	430
g) Verfallfristen bei Urlaubsabgeltungsansprüchen	430
h) Kein Verfall virtueller Optionsrechte nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	431
i) Einbeziehung virtueller Aktienoptionen in die Karenzentschädigung.	432
j) Freiwilligenprogramm: Keine nachträgliche Anpassung eines geschlossenen Aufhebungsvertrags.	433
k) Verzugszinsen aus gerichtlich angefochtener Sozialplanabfindung . .	433
5. Urlaubsrecht	434
a) Urlaubsabgeltung für Ausfallzeiten wegen mehrerer nahtlos aufeinander folgender Beschäftigungsverbote	434
b) Kein Verzicht auf Urlaub durch Prozessvergleich	434
6. Kollektives Arbeitsrecht	434
a) Betriebsratswahl: Aktives Wahlrecht von Führungskräften in mehreren Betrieben bei unternehmensinterner Matrix-Struktur	434
b) Faktischer Konzern: Keine Arbeitnehmerbeteiligung im Aufsichtsrat nach dem Drittelbeteiligungsgesetz.	435
c) Befristetes Arbeitsverhältnis eines Betriebsratsmitglieds	436
d) Meldestellen nach dem Hinweisgeberschutzgesetz: Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats	436
7. Sonstiges Arbeitsrecht.	437
a) Mutterschutzanpassungsgesetz beschlossen	437
b) Arbeitszeitbegriff bei mobilen Tätigkeiten	437
c) Schutz der Rechte behinderter Personen vor indirekter Diskriminierung erstreckt sich auf Eltern behinderter Kinder	438
d) Verarbeitung personenbezogener Daten aufgrund Betriebsvereinbarung	438
e) Verjährung von kapitalisierten Forderungen des Pensions-Sicherungs-Vereins	439
f) Arbeitgeberzuschuss zu Entgeltumwandlung: Tariföffnung	439
g) Pensionskasse: Anpassung von Versorgungsleistungen durch den Arbeitgeber	440
h) Keine betriebliche Altersversorgung bei alleiniger Bezugsberechtigung des Arbeitgebers	440
i) Elterngeld: Bemessung der Einkommensgrenze	441
j) Elternzeit: Nur ausnahmsweise einstweilige Verfügung auf Teilzeitbeschäftigung	441
k) Gesetzliche Rentenversicherung: Versicherungspflicht bei deutschem Arbeitgeber und Wohnsitz im Ausland	441

	Seite
V. IT-Recht und Datenschutz	442
1. EuGH zur Berechnung von Bußgeldern nach der DSGVO	442
2. Wettbewerbsrechtliche Klage von Verbraucherschutzverbänden wegen datenschutzrechtlicher Verstöße	442
3. Datenschutz am Arbeitsplatz: Zulässige Kündigung eines Vorstandsmitglieds.	443
4. Kein Schadensersatz allein wegen eines negativen Gefühls aufgrund verspäteter Datenauskunft	444
VI. Immobilienrecht	444
1. Gewerblicher Pachtvertrag: Unwirksamkeit einer „Change-of-Control-Klausel“ in Miet- oder Pachtvertrags-AGB	444
2. Rücktritt vom Bauträgervertrag: Kein Erlöschen eines entstandenen Anspruchs auf Vertragsstrafe.	445
VII. Environmental Social Governance	445
1. Verpackungsgesetz: Systembeteiligungspflicht von Verpackungen.	445
a) Typischerweise als Abfall zu bewertende Verpackungen	445
b) Kunststoff-Permanenttragetasche als systembeteiligungspflichtige Verpackung	446
2. Tübinger Verpackungssteuer ist verfassungsgemäß	447
VIII. Energierecht	447
1. Gesetz zur Änderung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes	447
2. Gesetz zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts	448
3. Gesetz zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes	448
4. TEHG-Europarechtsanpassungsgesetz 2024	448
5. Zulässigkeit von Baukostenzuschüssen für Batteriespeicher	449
6. Ende der Kundenanlage.	449
Anhang	451
Steuerterminkalender 2026	453
Stichwortverzeichnis	455